

Bürgerinnen und Bürger des Bundestags-Wahlkreises 195

c/o Frau A. Hesse
Humboldtstr. 28
07743 Jena

Herr **Uwe Barth**, FDP MdB
Herr **Volker Blumentritt**, SPD MdB
Herr **Bernward Müller**, CDU/CSU MdB
Herr **Bodo Ramelow**, PDS MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Februar 2007

Offener Brief

Sehr geehrter Herr Abgeordneter Barth, Blumentritt, Müller, Ramelow,

wir wenden uns in diesem offenen Brief an Sie als unseren Bundestagsabgeordneten. Wir möchten somit unserer Sorge angesichts des geplanten Börsengangs der Deutschen Bahn AG Ausdruck verleihen und Sie bitten unsere Fragen diesbezüglich zu beantworten.

Mit der Bahnreform 1994 wurden die Ziele verfolgt, **mehr Verkehr auf die Schiene** zu bringen sowie eine **Nachhaltige Entlastung des Bundeshaushalts** zu erreichen. Obwohl diese Ziele bisher nicht erreicht wurden – im Gegenteil -, wird der Privatisierungsprozess mit dem geplanten Börsengang unbeirrt fortgesetzt. **Aus vielerlei Gründen erscheint es uns unverständlich, wie ein Börsengang der DBAG zu genannten Zielen führen soll.**

1. Das vom Bundestag bei der Unternehmensberatung Booz Allen Hamilton in Auftrag gegebene Gutachten zur Privatisierung der Deutschen Bahn mit und ohne Netz (PRIMON-Gutachten) äußert sich lediglich zur Machbarkeit verschiedener Modelle des Börsengangs der DBAG. In welcher Form wurden andere Modelle der Privatisierung, also der Verkauf an Investoren ohne einen Börsengang, inwieweit wurde das Modell „Bahnanleihen“ einer kritischen Überprüfung unterzogen? Wurde untersucht, ob die Ziele, welche durch eine Privatisierung erreicht werden sollen – mehr Verkehr auf die Schiene zu bringen und dabei den Haushalt von Bund und Ländern zu entlasten – nicht auch von einer Bahn in öffentlichem Eigentum verwirklicht werden können? Also: **Wie wird letztlich die Notwendigkeit eines Börsengangs begründet?**

2. Die Erfahrungen der Bahnprivatisierung in anderen Ländern, z.B. in **Großbritannien** und **Estland**, zeigen, dass eine privatwirtschaftlich geführte Bahn zum einen den Verkehrsbedürfnissen der Bevölkerung nicht gerecht wird, zum anderen nicht geeignet ist, die Staatskasse zu entlasten. Gleichzeitig existiert in unserem Nachbarland, der **Schweiz**, eine Bahn in öffentlichem Eigentum, die mit wesentlich geringeren Subventionen pro Personenkilometer als die Deutsche Bahn auskommt und dabei eine höhere Kundenzufriedenheit erreicht. **Inwieweit wurden die Erfahrungen dieser Länder bei Auftragsvergabe und Erstellung des Gutachtens hinzugezogen?**

3. Alle im PRIMON-Gutachten untersuchten Privatisierungsmodelle gehen davon aus, daß der Staat, nachdem die Privatisierung erfolgt ist, ähnliche Summen wie bisher für den Schienenverkehr aufwenden muss, dies jedoch bei wesentlich geringerem Einfluß auf die Verwendung dieser Mittel. **Geben Sie dadurch nicht verkehrspolitische Gestaltungsmöglichkeiten preis ohne gleichzeitig den öffentlichen Haushalt zu entlasten?**

4. Des weiteren stellt sich die Frage ob nicht Mängel in der Verkehrspolitik mit dafür verantwortlich sind, daß die Schiene als Transportmittel in Deutschland unterrepräsentiert ist. Die Bahn wird, im Gegensatz zum Luftverkehr, sowohl durch Mineralölsteuer als auch durch die Ökosteuern belastet. Besonders letzterer Punkt ist zu bemängeln, ist doch der Schienenverkehr ökologisch am sinnvollsten. Auch der Neubau von Hochgeschwindigkeitsstrecken und andere kapitalintensive Projekte sollten zumindest kritisch überprüft und gegebenenfalls zu Gunsten eines weiteren Ausbaus des flächendeckenden Netzes aufgegeben werden. **Wurde also geprüft, ob nicht verkehrspolitische Maßnahmen oder eine Änderung der Unternehmensstrategie der DBAG geeignet wären, die Ziele der Bahnreform von 1994 zu erreichen?**

5. Die hier genannten Gründe sind nur ein kleiner Ausschnitt der Kritik, welche in den letzten Monaten von Bürgerinitiativen, Bahnexperten wie Prof. Karl-Dieter Bodack, aber auch einigen ihrer Bundestagskollegen geäußert wurde. Wir alle sind uns einig:

Wir sind gegen einen Börsengang der Deutschen Bahn AG! Denn durch diese werden zwar die Gewinne privatisiert, die Kosten aber weiter der Allgemeinheit aufgebürdet. Wir bitten Sie deshalb gegen das entsprechende Gesetz zu stimmen.

In Erwartung Ihrer Antwort auf unsere Fragen und
mit freundlichen Grüßen,

die Unterzeichner

Anlage:
Kopien der Unterschriftenlisten